

CIVILIS: DIE VEREINIGUNGSFREIHEIT UND DER SCHUTZ DER MENSCHENRECHTE SIND IN VENEZUELA EINDEUTIG BEDROHT

<https://www.amnistia.org/ve/blog/2022/08/21666/civilis-en-venezuela-la-libertad-de-asociacion-esta-en-clara-amenaza>

10.08.2022

Seit 2010 fördert und verteidigt die NGO fünf grundlegende Bürgerrechte, darunter das Recht auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungsfreiheit und friedliche Versammlung.

Die Organisation **Civilis Derechos Humanos** äußerte sich besorgt über die Situation des Protestrechts und der Versammlungsfreiheit in Venezuela inmitten der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Krise, die das Land in den letzten Jahren erlebt hat.

"Zum Thema friedliches Treffen, muss ich sagen, dass wir uns auf die Verteidigung der **Versammlungsfreiheit und die Verteidigung der Menschenrechte konzentrieren, weil dies Rechte sind, die derzeit klar und offen bedroht sind.** Bei friedlichen Versammlungen sind wir seit mindestens 10 Jahren mit immer intensiveren Mustern der Verletzung konfrontiert, zwei Beispiele waren die Proteste von 2014 und 2017, die beide mit einer Bewegung von politischen und zivilen Akteuren zur Wiederherstellung der Demokratie in Venezuela verbunden waren", sagte **Jo D'Elia, Direktor von Civilis** und Gewinner der 11. Ausgabe des Canadian Embassy Human Rights Award, im Gespräch mit Amnesty International Venezuela.

Er fügte hinzu: "**Wir treffen auf Instrumente, die perfektioniert wurden, um Proteste zu verhindern und zu kriminalisieren, und um diejenigen, die an diesen Demonstrationen teilnehmen, immer stärker zu verfolgen.**"

Civilis macht diese Aussage, weil die NGO seit ihrer Gründung im Jahr **2010 die Aufgabe hat, fünf grundlegende Bürgerrechte zu fördern, zu verteidigen und zu überwachen**, die durch internationale Verträge, denen Venezuela beigetreten ist, geschützt sind, wie zum Beispiel:

- 1. Recht auf Vereinigungsfreiheit**
- 2. Recht auf friedliche Versammlung**
- 3. Recht auf freie Meinungsäußerung**
- 4. Recht auf Beteiligung der Öffentlichkeit**
- 5. Und das Recht auf Verteidigung der Menschenrechte**

Gleichzeitig wies er darauf hin, dass ein Faktor, der sich auf das Recht auf friedlichen Protest ausgewirkt hat, die Covid-19-Pandemie war, die im März 2020 das Land erreichte, ein Faktor, der nach Ansicht von **D'Elia "nicht die Zahl der Proteste verringert hat, sondern die Fähigkeit der Zivilgesellschaft, sich zu mobilisieren, um das Recht auf friedlichen Protest auszuüben"**.

Außerdem hat die NGO dokumentiert, dass im Gegensatz zu den Demonstrationen von 2014 und 2017 die Gründe für die Proteste der letzten Jahre mit den **Auswirkungen der humanitären Krise im Land zu tun haben, insbesondere mit dem Versagen der Grundversorgung.**

"Der Hauptgrund dafür, dass die Menschen auf die Straße gehen, sind die Auswirkungen einer **komplexen humanitären Notsituation**, die alle Lebensbereiche betrifft und **verheerende Folgen** für die Gesundheit, die

Wasserversorgung, die Ernährung, die Bildung, die Arbeit und die wirtschaftlichen Bedingungen der Bevölkerung hat", sagte er.

Mehr als 12 Jahre an der Seite des Volkes.

Civilis verfolgt drei Hauptziele als Organisation, die auch die Aufgabe hat, andere NGOs zu unterstützen, die sich mit Menschenrechten befassen.

Erstens muss sichergestellt werden, dass jede Dimension der Menschenrechte mit einer zivilgesellschaftlichen Aktion verbunden ist. "Denn jede dieser Dimensionen stellt eine Beeinträchtigung der Menschenwürde dar", sagte er.

Als zweites Ziel setzt sich die Organisation dafür ein, dass die venezolanische Gesellschaft ihre **zivilgesellschaftlichen Aktivitäten in einem institutionellen Rahmen sicher ausüben kann, der die Ausübung der Rechte der Zivilgesellschaft erleichtert und unterstützt.**

Sie sind auch dafür verantwortlich, dass die **Autonomie und Unabhängigkeit der Organisationen von allen politischen, religiösen, wirtschaftlichen und staatlichen Interessen gewährleistet ist, um auf der Seite der Menschen zu stehen.**

"Autonomie ist die Grundlage der Zivilgesellschaft, und wenn man sie verliert, verliert man das Wesen der Zivilgesellschaft", betonte er.

Darüber hinaus ist Civilis in drei Bereichen tätig. Erstens untersucht, dokumentiert und überwacht sie ständig die Situation der oben genannten Rechte, um Berichte zu erstellen, die Muster von Verletzungen aufzeigen, die dann internationalen Gremien vorgelegt werden.

Zweitens sind sie für die Förderung und Aufklärung über die Rechte der Zivilgesellschaft zuständig, indem sie Instrumente und Hilfsmittel schaffen, damit die Organisationen ihre eigenen Kapazitäten auf der Grundlage eines rechtsbasierten Ansatzes besser nutzen können.

"Wir schulen, beraten und begleiten Organisationen ständig im Verständnis und in der Ausübung dieser Rechte", betonte er.

Der dritte Aktionsbereich ist für die Herstellung von **Verbindungen zur internationalen Gemeinschaft zuständig, wobei eine der Hauptaktivitäten die Interessenvertretung ist.**

"Im Rahmen der Zusammenarbeit, der Verantwortung und der Verpflichtungen, die die internationale Gemeinschaft im Bereich der Menschenrechte hat, trägt sie zum Schutz der venezolanischen Bevölkerung bei, arbeitet mit ihr zusammen und spielt eine Rolle bei den fünf Rechten, an denen wir arbeiten", betonte er.

Zur Vereinigungsfreiheit

Die Organisation konzentriert sich derzeit vor allem auf die Förderung des Rechts auf Vereinigungsfreiheit, das nach Ansicht von Civilis insbesondere in den letzten Jahren durch die Politik der Unterdrückung Andersdenkender bedroht ist.

"In diesem Prozess wurde die Vereinigungsfreiheit zunehmend beeinträchtigt, es gibt in Venezuela immer mehr Schwierigkeiten, sie auszuüben, und insbesondere in den

letzten Jahren zwischen 2021 und 2022 haben sich die **Muster der Verletzung der Vereinigungsfreiheit durch Rechtsinstrumente oder einen Rechtsrahmen, der mit dem Schutz und der Anerkennung des Rechts auf Vereinigungsfreiheit unvereinbar ist, verstärkt und vertieft**", erklärte er.

D'Elia bezog sich insbesondere auf die **Verordnung 002**, die am 3. Mai 2021 im Amtsblatt 42.118 veröffentlicht wurde und deren Inhalt die Arbeit der zivilen Organisationen im Lande beeinträchtigt.

"Providencia 002 ist eine Norm, die versucht, die Tätigkeit von Organisationen mit Verbrechen wie Terrorismus und Terrorismusfinanzierung in Verbindung zu bringen, und die im Rahmen der Verfolgung dieser Delikte die **Organisationen einem System der Unschuldsbescheinigung für dieser Verbrechen unterwirft**, was den Grad der Willkür bei der Anwendung dieses Gesetzes erhöht, um Organisationen der venezolanischen Zivilgesellschaft zu **kriminalisieren oder in eine Zone des Verdachts, der Überwachung und sogar der Verfolgung zu bringen**", prangerte er an.

Warnung zum Gesetz über die internationale Zusammenarbeit

Die Organisation äußerte auch ihre Besorgnis für den Fall, dass die Nationalversammlung, die 2020 mit einer regierungsfreundlichen Mehrheit gewählt wurde, das Gesetz über die internationale Zusammenarbeit verabschiedet, dessen wahrscheinlicher Beginn der Diskussion im Mai dieses Jahres angekündigt wurde, was die dritte Version des Projekts wäre, die seit 2005 diskutiert werden könnte.

"Es handelt sich um ein Gesetz, das sich vor allem auf die Fähigkeit der Gesellschaft auswirkt, die Vereinigungsfreiheit auszuüben, und diese Fähigkeit hat mit der Beschaffung langfristiger Mittel zu tun, die Teil dieses Rechts ist, und zwar durch ein Gesetz, das auch kriminalisiert, aber vor allem ein System der Genehmigung und der Sanktionen gegen Organisationen darstellt, die Mittel für ihre Arbeit erhalten, was gegen die Vereinigungsfreiheit im internationalen Recht verstößt", erklärte er.

In diesem schwierigen Kontext unterstreicht D'Elia, dass die Organisationen, die **"diesen Bedrohungen am meisten ausgesetzt sind", vor allem humanitäre Organisationen und Menschenrechtsorganisationen** sind. Aus diesem Grund sind diese Organisationen durch das internationale Recht am meisten geschützt.

"Es sind die humanitären Organisationen und die Menschenrechtsorganisationen, die den Hilferufen der venezolanischen Bevölkerung folgen. Wenn ein Staat seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder nicht nachkommen will, dann sind sie natürlich ein Ziel oder unbequem für die Machthaber", betonte er.

Was ist mit dem venezolanischen Staat geschehen?

In den letzten Jahren wurde Venezuela von internationalen Menschenrechtsorganisationen unter die Lupe genommen, da die Maßnahmen des Staates in vielerlei Hinsicht dazu geführt haben, dass nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) mehr als 6 Millionen Venezolaner:innen ausgewandert sind.

"Der Ursprung der Situation in Venezuela ist die Entinstitutionalisierung des Staates. In Venezuela haben wir keinen demokratischen Staat mehr, wir haben die Demokratie schon vor Jahren verloren, und das hat natürlich enorme Auswirkungen sowohl auf die Menschenrechte im Allgemeinen als auch auf die Tätigkeit der Zivilgesellschaft", sagte D'Elia.

"In einem nicht-demokratischen System bleibt die Gesellschaft außen vor. In einem nicht-demokratischen System wird die Gesellschaft nicht als frei und autonom handelnd anerkannt, sondern es werden Instrumente zur Kontrolle, zur Einschüchterung und zur Beeinträchtigung ihrer Fähigkeiten geschaffen, um die Gesellschaft unter der von den Staatsbeamten ausgeübten Macht zu halten."

Civilis weist darauf hin, dass diese Situation in Berichten an internationale Organisationen dargelegt wurde, und die Organisation bekräftigt, dass der venezolanische Fall sehr komplex ist, im Gegensatz zu anderen Ländern, in denen die Gesellschaften zwar Einschränkungen ausgesetzt sind, aber über Institutionen verfügen, die sie unterstützen.

"In Venezuela ist dies nicht der Fall, die Gesellschaft stützt sich auf sich selbst, um dem Verlust der Demokratie durch friedliche, verfassungsmäßige und demokratische Mechanismen zu begegnen (...) Es ist ein Kontext, in dem es schwierig ist, zu arbeiten, aber es ist umso notwendiger, dass es ein Bewusstsein für die Rechte der Zivilgesellschaft in der Bevölkerung und die Verteidigung dieser Rechte gibt", sagte er.

Forderungen und Empfehlungen

Civilis fordert, dass der venezolanische Staat die **"Verfolgung und Kriminalisierung"** von Andersdenkenden und autonomen Akteuren, die sich für die Rechte der Bevölkerung einsetzen, einstellt.

"Es ist die Pflicht des Staates, diesen Verstößen ein Ende zu setzen", forderte sie.

Die Organisation fordert die venezolanischen Behörden außerdem auf, **Kanäle zu öffnen, die eine öffentliche Beteiligung von Organisationen** und der Zivilbevölkerung an öffentlichen Entscheidungen ermöglichen, wie dies in der Verfassung vorgesehen ist.

"Wenn die Regierung wirklich beabsichtigt, einen Dialog zu eröffnen, um Lösungen für die Konflikte in Venezuela zu finden, muss sie Kanäle für die Beteiligung der Öffentlichkeit auf allen Ebenen öffnen", betonte er.

Gleichzeitig weist der Civilis-Vertreter darauf hin, dass die Konflikte in Venezuela nicht gelöst werden können, indem man die Straflosigkeit akzeptiert.

"Wir müssen den Schaden reparieren, der Tausenden von Opfern zugefügt wurde, nicht nur bei den politischen und bürgerlichen Rechten, sondern auch bei den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten, wo Millionen von Menschen von Hunger, schlechter Gesundheit, Verlust von Bildungschancen und extremer Armut betroffen sind; diese Folgen müssen in jedem Prozess der Konfliktlösung in Venezuela ausgeglichen werden", schloss er.